Dokumentation

DGB: Frieden durch Abrüstung*

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Besonders die Arbeitnehmer und ihre Familien haben die verheerenden Folgen dieser Kriege erfahren und tragen müssen.

Die Arbeitnehmer wissen:

- Frieden ist die Grundlage für die Beseitigung von Hunger und Elend und die Erreichung sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt.
- Frieden ist eine elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.
- Nur im Frieden kann das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen verwirklicht und die Verständigung zwischen den Völkern gefördert werden.
- Nur im Frieden können sich die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten und demokratische Strukturen entwickeln.
- Nur im Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren Auftrag erfüllen.

In diesem Bewußtsein haben sich die Gewerkschaften stets für einen dauerhaften Völkerfrieden eingesetzt. Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung.

Heute ist der Frieden mehr denn je gefährdet. Überall auf der Welt wachsen die Spannungen. Konflikte werden immer häufiger mit militärischer Gewalt ausgetragen:

- Die Besetzung Afghanistans verletzt das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und versetzte der Entspannungspolitik einen schweren Schlag. Weitere militärische Aktionen dieser Art könnten das Ende jeder Verständigungsbereitschaft bedeuten.
- Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Nahen Ostens läßt die militärischen Konfrontationen in diesem Gebiet zu einer ständigen Bedrohung des Weltfriedens werden.
- Bürgerkriege und militärische Unterdrückung, wie in El Salvador oder wie in der Türkei, fordern täglich neue Opfer an Menschenleben. Die Unterstützung der regierenden Militärs verlängert die Leiden der unterdrückten Völker.
- Politische Auseinandersetzungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika fordern täglich unzählige Menschenleben, führen oft zu Massenvernichtungen und selbst zum Völkermord.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften lehnen die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme ab. Sie fordern, daß Friedenspolitik Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben hat. Die einzige Chance für eine dauerhafte Friedenssicherung besteht in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Internationale Konflikte können nur durch Verhandlungen abgebaut und gelöst werden.

Eine wirkliche Entspannung kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens gedeihen. Die Gewerkschaften erwarten, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um durch vertrauensbildende Maßnahmen ein Klima der Verständigung zwischen den Völkern zu schaffen. Hierzu gehören insbesondere die Beendigung der Besetzung Afghanistans und die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.

Die weltweit angehäuften Rüstungspotentiale beschwören die Gefahr herauf, daß

* Aufruf des DGB zum Antikriegstag am 1. September 1981 zur Einleitung einer bundesweiten Unterschriftenaktion gegen das Wettrüsten in Ost und West.

ein Krieg alles Leben vernichtet. Ein weiteres Wettrüsten macht das militärische Risiko nicht kalkulierbarer. Es steigert die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt mit aller Entschiedenheit die jede menschliche Existenz bedrohende Vorstellung eines begrenzbaren atomaren Krieges. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften fordern eine allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, um der lebensbedrohenden Gefährdung insbesondere durch Massenvernichtungswaffen Einhalt zu gebieten. Sie erwarten, daß zwischen den Regierungen alle Gesprächschancen genutzt werden, um zu einer Reduzierung der Rüstungen zu gelangen. Besondere Verantwortung tragen hierbei die großen Militärpakte und insbesondere die beiden Supermächte.

Die Gewerkschaften fordern, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen. Dies liegt im gemeinsamen europäischen Interesse.

Unvereinbar mit der Politik der Friedenssicherung ist der Export von Waffen in Spannungsgebiete und Entwicklungsländer. Dadurch werden enorme Mittel gebunden, die für die Überwindung von Hunger und Not notwendig sind.

Eine stabile Friedensordnung setzt deshalb auch die weltweite Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung voraus. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Industriestaaten in West und Ost ihrer politischen und moralischen Verpflichtung nachkommen, ihren Einsatz für die Entwicklung der Dritten Welt zu verstärken. Die Gewerkschaften bekräftigen ihren unerschütterlichen Willen, mit ihren Mitteln die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierungen der USA und der Sowjetunion auf, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung solcher Verhandlungen zu nutzen.

Ziel dieser Verhandlungen muß sein:

- auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,
- die Produktion von Atomwaffen einzustellen,
- die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Dies sind die unerläßlichen Voraussetzungen für Vereinbarungen über das Verbot

- der Entwicklung
- der Herstellung
- der Lagerung
- der Weitergabe und
- der Anwendung

atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien, mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Dafür trete ich ein!

Erstunterzeichner: Heinz Oskar Vetter, Maria Weber, Gerd Muhr, Irmgard Blattet, Alois Pfeiffer, Gerhard Schmidt, Karl Schwab, Günter Stephan, Gerhard Vater, Rudi Sperner, Adolf Schmidt, Karl Hauenschild, Leonhard Mahlein, Ernst Haar, Erich Frister, Willi Lojewski, Günter Volkmar, Kurt Georgi, Alfred Hörne, Helmut Teitzel, Eugen Loderer, Günter Döding, Heinz Kluncker, Günter Schröder, Ernst Breit, Berthold Keller, Lothar Zimmermann, Jakob Deffner, Walter Sickert, Jochen Richert, Georg Drescher, Jan Sierks, Siegfried Bleicher, Julius Lehlbach, Manfred Wagner.